

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.der-bau-des-riesen-rotors-beginnt.cb7cfe35-3a08-49e5-a6cb-8ac4a757f8d7.html>

Der Bau des Riesen-Rotors beginnt

"Kornwestheim und Kreis Ludwigsburg", vom 07.09.2011 02:40 Uhr

Ingersheim - Der Bauherr schafft Fakten - ungeachtet der juristischen Auseinandersetzung. Die Projektgegner sind wütend.

Von Tim Höhn

Sie haben lange gewartet auf diesen Moment. Rund 3,6 Millionen Euro wollen die 350 Mitglieder der Energiegenossenschaft Ingersheim in den Bau des Windrads auf der Ingersheimer Höhe investieren, es soll die größte derartige Anlage in der Region werden. 180 Meter hoch. Dementsprechend heftig ist der Gegenwind. Eine Bürgerinitiative kämpft mit allen Mitteln gegen den Riesen-Rotor, weil dieser die Landschaft verschandle, die Anwohner belaste und zur Gefahr für Vögel werde. Das Landratsamt hat die Anlage nach intensiver Prüfung genehmigt, auch das Stuttgarter Regierungspräsidium gab kürzlich seinen Segen. Jetzt droht eine jahrelange juristische Auseinandersetzung. Doch der Bauherr schafft Fakten.

In wenigen Tagen soll Spatenstich sein. "Wir sehen keinen Grund, den Baubeginn weiter hinaus zu zögern", sagt Dieter Hallmann, der Vorsitzende der Genossenschaft. "Wir wollen die Anlage so schnell wie möglich in Betrieb nehmen." Aktuell werden die Zufahrtswege zur Baustelle vorbereitet und abgesichert, Ende September beginnt der Aushub, danach wird das Fundament gegossen. Parallel produziert eine deutsche Firma den Stahlbeton-Turm des Windrads. Um diesen aufzustellen und den Rotor hochzuziehen, lässt die Genossenschaft Ende November einen der höchsten Kräne Deutschlands in Ingersheim aufbauen. "Wir arbeiten an der Detailplanung", sagt Hallmann.

Auch die Bürgerinitiative Gegenwind Husarenhof entfaltet zurzeit reichlich Aktivität. Mehrere Projektgegner haben beim Stuttgarter Verwaltungsgericht eine Klage gegen die Genehmigung eingereicht, ein Ehepaar aus Ingersheim fordert zudem per Eilantrag einen Baustopp. Über den Antrag werde voraussichtlich bis Mitte Oktober entschieden, erklärt eine Gerichtssprecherin. Deutlich mehr Zeit brauchen die Richter, um ein Urteil über die Klagen zu fällen.

Auch dann ist das letzte Wort nicht gesprochen. "Die Kläger werden den Instanzenweg bis zum Ende gehen", kündigt Walter Müller an, der Sprecher der Bürgerinitiative. Notfalls bis vor den Verwaltungsgerichtshof. Auch auf außergerichtlichem Weg macht Gegenwind Husarenhof mobil. Nachdem der baden-württembergische Landtag die Einwände gegen das Windrad zurückgewiesen hat, versucht es die Initiative nun mit einer Petition an den Bundestag. Letztlich entscheidend, sagt Müller, werde aber das Gerichtsurteil sein. "Wir sind guter Hoffnung, dass wir den Bau stoppen und das Vorhaben zu Fall bringen."

Zu Fall bringen ist wörtlich gemeint. Selbst wenn die letzte Instanz die Baugenehmigung tatsächlich zurücknimmt - der Rotor wird zu diesem Zeitpunkt aller Voraussicht nach längst in Betrieb sein. Die Bürgerinitiative geht davon aus, dass das Windrad wieder abgetragen werden muss. Oder gesprengt. Auf Kosten des Bauherren. So sei die Rechtslage, sagt Müller. "Ich hoffe, dass die Genossenschaft ausreichend Rücklagen gebildet hat."

Die Gegenseite bleibt gelassen. "Wir denken nicht, dass wir mit dem Baubeginn ein großes Risiko eingehen", sagt Dieter Hallmann. Denn es gebe keine berechtigten Gründe und Argumente, die gegen das Windrad sprechen. Das Landratsamt habe dies ausgiebig geprüft.

In diesem Zusammenhang gerät nun auch Rainer Haas in die Kritik. Die Projektgegner werfen dem Ludwigsburger Landrat vor, er habe sich auf die Seite der Genossenschaft geschlagen und damit seine Neutralitätspflicht verletzt. "Vor Jahren hat sich Herr Haas für den Vogelschutz eingesetzt, heute sagt er: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern", kritisiert Müller. Haas hält dagegen. Vom Lärmschutzgutachten über die Zugvogelanalyse bis hin zum Fledermausmonitoring - der Kreis habe alles untersuchen lassen, was es zu untersuchen gab. "Und zwar derart intensiv, dass man uns zwischenzeitlich vorgeworfen hat, wir würden viel zu genau hinsehen." Insofern sei die Kritik der Bürgerinitiative fehl am Platz. "Aber uns war von Anfang an klar, dass wir es in dieser Sache niemandem recht machen können. Es war daher absehbar, dass wir jetzt auf die Mütze bekommen."